

Berliner Anwaltsbüro wird jetzt eingeschaltet

Ziel: Mönchehagen-Klage beschleunigen

Rat lehnt niedersächsischen Sanierungsvorschlag für Sondermülldeponie ab

Petershagen (ilu). Um die seit zwei Jahren laufende Mönchehagen-Klage gegen den Landkreis Nienburg und die Bezirksregierung Hannover beim Verwaltungsgericht Hannover zu beschleunigen, soll jetzt das in Fragen des Umweltrechts anerkannte Berliner Anwaltsbüro Geulen, Schily und Partner eingeschaltet werden. Diesen Beschluß faßte gestern der Petershäger Stadtrat bei sechs Gegenstimmen aus den Reihen der CDU und FDP sowie bei zwei Enthaltungen. Gemeinsam mit der 1986 beauftragten Mindener Anwaltsgemeinschaft Watermann, Rusch, Dr. Suderow und Pieper soll insbesondere untersucht werden, ob durch eine Neufassung und Präzisierung der Klageschrift die Forderungen der Stadt, alle zur Gefahrenabwehr notwendigen Maßnahmen sofort einzuleiten, durchgesetzt werden können und ob die Klage auf Durchsetzung bestimmter Maßnahmen erweitert werden muß.

Der Entscheidung vorausgegangen war eine rund zweistündige Debatte, in der es sowohl SPD als auch CDU für sinnvoll hielten, künftig durch beide Anwaltspraxen die Interessen der Stadt wahrnehmen zu lassen. Zum einen habe, wie betont wurde, die Mindener Rechtsanwaltssozietät bislang zufriedenstellend gearbeitet, zum anderen könne der in Umweltfragen versierte Dr. Geulen beim weiteren Verfahren seine umfangreichen Erfahrungen einbringen. Zudem sei von beiden Büros, wie Stadtdirektor Lothar Ramrath berichtete, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit inzwischen bekräftigt worden.

Für die FDP-Fraktion vertrat Ratsmitglied Alfred Raschke die Meinung, daß es erfolgsversprechender sei, Rechtsanwalt Dr. Geulen die Alleinvertretung zu übertragen, nachdem man bisher in der Klage keinen Fortschritt erkennen könne. Auch in zwei Sitzungsunterbrechungen ließen sich die Liberalen nicht durch ihren Fraktionspartner CDU von dieser Auffassung abbringen. Wie Raschke vor der Abstimmung betonte, wolle man den bisherigen Rechtsbeistand nicht ausbooten, es sei aber an der Zeit, neue Wege zu beschreiten.

Während Ratsmitglied Paul Scheer (CDU) an das Land Nordrhein-Westfalen appellierte, die Stadt Petershagen aktiv in ihrer Klage zu unterstützen, meinte auch SPD-Fraktionsvorsitzender Fritz Tütting, daß sich der „Umweltminister in Düsseldorf ein bißchen flügelharm zum Thema

Mönchehagen geäußert hat“. Es sei sicherlich mehr Mühe erforderlich, um in der Sache voranzukommen. Umso begrüßenswerter sei es daher, daß auch die SPD-Ratsfraktion bereits im Hauptausschuß den Antrag der SPD mit einem gleichlautenden Begehren unterstützt habe.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verabschiedete der Rat bei zwei Gegenstimmen eine von Ratsmitglied Jürgen Hannemann (CDU) verlesene Stellungnahme, mit der die Stadt den Sanierungsvorschlag der Arbeitsgruppe der niedersächsischen Fachbehörden bei der Bezirksregierung Hannover ablehnt. Der Vorschlag sei weder im Rahmen der vorläufigen Sicherung noch gar als Sanierungsmaßnahme geeignet, die Schadstoffaustritte aus der Sondermülldeponie zu unterbinden. Zur sofortigen Sicherung müßten stattdessen Lösungen angestrebt werden, die eine Zeitlang voll wirksam sind und eine kontrollierbare Zwischenlagerung beinhalten. Aus der Vorläufigkeit eines solchen Sicherungskonzeptes ergebe sich zwingend die gleichzeitige Planung und Vorbereitung der Auskoffierung und Entsorgung. Wie Hannemann betonte, dränge sich mittlerweile der Eindruck auf, daß mit dem Sanierungskonzept keine Zwischenlösung angestrebt werde, sondern das Land Niedersachsen es bei den vorläufigen Sicherungsmaßnahmen belassen wolle. Damit könne sich die Stadt nicht zufrieden geben, da sie nach wie vor eine Totalsanierung erreichen will.

Mit der Stellungnahme, so ergänzte Ratsmitglied Peter Thiele (SPD), wolle man den Vertretern der Stadt im Mönchehagen-Ausschuß Rückendeckung geben, wenn sie dort die Vorschläge aus Hannover ablehnen.

Die Vorstellungen der Fraktion der Grünen seien in der Stellungnahme nicht berücksichtigt, münberte Ratsmitglied Alfred Borgmann und forderte zunächst eine Behandlung im zuständigen Fachausschuß.

Ratsmitglied Heinrich Wiebke (CDU) machte sich zum Sprecher der betroffenen Landwirte. Man sollte durch eine einstweilige Verfügung erreichen, daß keine Oberflächenwasser mehr von der Deponie in die ILS geleitet werden. „Mit einem der-

artigen Antrag sind wir vor dem Verwaltungsgericht schon einmal nicht zum Zuge gekommen“, gab Stadtdirektor Ramrath zu bedenken, kündigte in diesem Zusammenhang aber an, den Kreis als zuständige untere Wasserbehörde anzusprechen, damit er sich dafür einsetzt, die Einleitungen von Wasser aus dem verseuchten Brammerschen Wald unverzüglich zu stoppen.

Zuvor hatte Ramrath dem Rat von den jüngsten Erkenntnissen der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Hameln unterrichtet. Danach sei der Nahbereich der Deponie zwar durch Schadstoffe verseucht, die Konzentrationen lägen jedoch innerhalb tolerierbarer Grenzen. Daher sei nach Ansicht der Forschungsanstalt „auch bei Annahme der ungünstigsten Umstände eine Einschränkung der Landwirtschaft nicht zu begründen“. Bei der Untersuchung von Milchproben durch das Staatliche chemische Untersuchungsamt Oldenburg seien, wie Ramrath weiter ausführte, zwar in zwei Fällen erstmals Dioxine nachgewiesen worden, allerdings in einer wesentlich geringeren Konzentration als man sie in einer Milchprobe einer Berliner Meierei festgestellt habe.

MT, 16.3.88

Stadt Petershagen setzt weiter auf „Auskoffierung“

Petershagen (v. A.). Der Rat der Stadt Petershagen hat sich gestern in seiner Sitzung über mehrere Stunden mit dem Thema „Sondermülldeponie Münchehagen“ befaßt. Am Ende war man sich „im Interesse des Bürgers“ — nach zwei Sitzungsunterbrechungen — einig, daß ein Berliner Anwaltsbüro beauftragt wird, die Klage vor dem Verwaltungsgericht zu beschleunigen. Hier kam es zu einer Kampfabstimmung, weil ursprünglich vorgeschlagen worden war, dem Mindener Anwaltsbüro das Mandat für diese Klage zu entziehen.

NW, 16.3.88

Der Mandatsentzug war von Alfred Raschke (FDP), damit begründet worden, daß „in den letzten zwei Jahren nichts passiert“ sei und das neue Büro ob seines Bekanntheitsgrades „die Klage vor dem Verwaltungsgericht Hannover beschleunigen“ könne. Als man dann abgestimmt hatte, bezeichnete Raschke dies als „eine Sternstunde der Demokratie“, dafür erntete er aber einiges Gelächter, außerdem warf Tütling dem FDP-Politiker vor, seinen „Koalitionspartner in arge Bedrängnis gebracht zu haben“.

Im weiteren Verlauf wurde — gegen 3 Stimmen der Grünen — eine Stellungnahme beschlossen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Stadt Petershagen „eine kontrollierbare Zwischenlagerung“ sowie eine „Auskoffierung und Entsorgung“ der Deponie fordert. Wie Peter Thiele (SPD) und Jürgen Hannemann (CDU) betonten, handele es sich hierbei nicht um eine Stellungnahme zum Gesamtverfahren, sondern lediglich um „eine Rückenstärkung für die Arbeit im Münchehagen-Ausschuß“, weil damit alle bisher bekannten Maßnahmen des Landes Niedersachsen abgelehnt werden.

Stadtdirektor Ramrath berichtete von

den Untersuchungsergebnissen der LUFA Hameln. Danach gibt es keinen Grund, Flächen stillzulegen, weil alle Werte „deutlich unter den zulässigen Werten“ liegen. Dies gelte, so hat nach Angaben von Ramrath die LUFA ermittelt, auch für die toxikologische Belastung des Grundwassers. Desweiteren berichtete Ramrath, in Milchproben habe das Staatliche Chemische Untersuchungsamt Oldenburg weniger Giftstoffe gefunden als in Proben von Milch aus einer Meierei in Berlin. Kommentierte Ratsherr Wiebke (CDU): „Wenn das alles stimmt, dann können wir ja auch das Wasserwerk Ilse wieder in Betrieb nehmen.“ Gleichwohl traute man den Angaben nicht und verfaßte die Stellungnahme. — Die Forderung von Wiebke, eine einstweilige Verfügung zu erwirken, daß kein Wasser aus dem Deponiebereich mehr in die Ilse geleitet werden darf, wurde grundsätzlich begrüßt. Weil aber die Stadt Petershagen bereits zweimal unterlegen ist mit dieser Forderung, will Stadtdirektor Ramrath heute, Mittwoch, den Kreis bitten, als untere Wasserbehörde diese Verfügung zu beantragen in der Hoffnung auf mehr Erfolg.

Experten „entwarnen“

Nein, nein, eine Gefahr geht von der Sondermülldeponie Münchehagen nicht aus. So jedenfalls sind die jüngst vorgelegten Ergebnisse von Untersuchungen (Boden und Kuhmilch) zu werten. Warum streiten sich dann noch die Politiker in Petershagen und im Kreis?

Die Antwort kann wissenschaftlich oder einfach gegeben werden. Hier die einfache: Die Politiker trauen den Experten nicht mehr. Zu oft schon kamen beschwichtigende Äußerungen und Antworten auf besorgte Fragen, nur — im nachhinein stellten sich die Antworten als halbrichtig oder als ganz falsch heraus. Schon Lenin meinte: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Von daher hier die Aufforderung an die Politiker: Macht weiter so, denn irgendwo gibt es noch einen Pferdefuß, denn schließlich kommen auf das Nachbarland Niedersachsen doch Kosten in Millionenhöhe zu und die Beschwichtigungen dienen nur „zur Ruhestellung des Volkes“.

NW, 19.3.88

Der am vorigen Samstag in Auszügen in der NW veröffentlichte Brief von Stadtdirektor Dr. Erwin Niermann an Oberkreisdirektor Dr. Rolf Momburg hat Unmut beim Kreis hervorgerufen. Der Behördenchef an der Portastraße beschwerte sich beim Mindener Verwaltungschef, weil dieser „verwaltungsinterne Briefe“ veröffentlicht habe. Dem ist nicht

Der Kommentar

so. Dr. Niermann hat nicht. Der Oberkreisdirektor muß sich aber fragen lassen, ob nicht nur mangels EDV die Kassenlage falsch eingeschätzt wurde oder ob man ungesagt „Vorratsbeschlüsse“ mit der Kreisumlagerenerhöhung gefaßt hat im Hinblick darauf, die durch die Steuerreform eintretenden Einnahmeverluste frühzeitig ausgleichen zu wollen.

Hans-Dieter von Arnim

„Münchehagen“: Problem lösen

Minden/Münchehagen (WB). In Sachen Sondermülldeponie Münchehagen hat der Mindener FDP-Bundestagsabgeordnete Günther Nolting im Deutschen Bundestag die Frage an die Bundesregierung gerichtet, ob es richtig sei, daß die betroffenen Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sowie die Bundesrepublik Deutschland schnellstens gemeinsam handeln müssen, um das Problem rund um die Sondermülldeponie zu lösen.

WB, 18.3.88

Kontrolle für Mönchehagen

Fachkraft für Arbeitsschutz – Einteilung in Zonen

Von Hans-Jürgen Amtage

Das Ergebnis dieses Gespräches kommt einigen Forderungen der Stadt Petershagen und der Umweltschutzorganisation entgegen. So soll das Wasser des inneren Ringgrabens der Deponie zukünftig alle 14 Tage an drei verschiedenen Stellen auf Bestimmungsgrößen untersucht werden, die unmittelbar mit Einlagerungen in der Deponie in Zusammenhang stehen könnten. Weiter werden alle vier Wochen Sedimentproben aus der Ils gezogen werden. Vier verschiedene Stellen, an denen die Bodensatzproben gezogen werden sollen, wurden festgelegt: im Einlaufbereich des Ringgrabens in die Ils, 15 Meter die Ils flussabwärts in Richtung Gehle, 2500 Meter flussabwärts und eine sogenannte Nullprobe oberhalb des Einmündungsbereiches. Zur Kontrolle des täglichen Analyseumfanges wird zudem ein Chemieingenieur eingestellt. Er wird seinen Arbeitsraum unmittelbar auf dem Deponiegelände haben und soll entscheiden, in welcher Weise die Proben untersucht werden. Die nordrhein-westfälischen

und niedersächsischen Stellen einigten sich auch darauf, daß das vergiftete Wasser des nördlichen inneren Ringgrabens abgesperrt und in Stapelteiche abgepumpt wird.

Parallel zu diesen Maßnahmen laufen derzeit sechs Arbeitsprogramme, die nähere Auskünfte über Einlagerungen und Bodenkontamination geben sollen. Dazu gehören ein Bohrprogramm zur Detailkartierung der Einlagerungen als auch hydrogeologische und ingenieurgeologische Arbeiten. Zur Beurteilung all dieser Untersuchungen werden in den nächsten Tagen zwei neue Mitarbeiter bei der Niedersächsischen Landesanstalt für Bodenforschung (NfB) eingestellt. Zwei weitere Fachkräfte werden sich im Auftrag des Wasserwirtschaftsamtes Sulingen ausschließlich mit der Sondermülldeponie Mönchehagen befassen. Darunter ein Mitarbeiter für Arbeitsschutz. Besonders in Hinsicht auf den Arbeitsschutz wollen die Verantwortlichen tätig werden. Das Deponiegelände

Kreis Minden-Lübbecke/Mönchehagen (hJA). Eine Abstimmung über das weitere Vorgehen in Sachen »Sondermülldeponie Mönchehagen« ist Anfang der Woche zwischen niedersächsischen und nordrhein-westfälischen Stellen in Hildesheim erfolgt.

wird in zwei Bereiche eingeteilt: die Weißzone und die Schwarzzone. Wenn das Deponiepersonal von der weißen in die schwarze Zone übergehen will, werden zukünftig Umkleide- und Duschmöglichkeiten zum Schutz der Arbeitskräfte vorhanden sein.

Ergebnisse zahlreicher Proben gab jetzt der Nienburger Kreisveterinär Dr. Hempel bekannt. Während einer Informationsveranstaltung des Landkreises Nienburg über weitere »Mönchehagen-Maßnahmen« erklärte der Veterinär, daß bis zum vergangenen Jahr entgegen anders lautender Erklärungen Milch und andere Proben aus dem Deponieumfeld ausschließlich auf polychlorierte Biphenyle (PCB) und die üblichen Pestizide untersucht worden seien. Erst seit dem vergangenen Jahr würden diese Proben auch auf Dioxine und Furane kontrolliert. Eine Untersuchung von Hasen aus dem Deponieumfeld und aus Emden hätte gezeigt, daß die Hasen aus Emden höher belastet gewesen seien, als die Mönchehagener.

Mönchehagen-Klage jetzt konkretisieren

Grüne: Festlegung der dringendsten Sofortmaßnahmen wichtig

Petershagen. Nachdem sich der Mönchehagen-Ausschuß ihrer Meinung nach als wirkungslos im Hinblick auf die Einflußnahme auf konkrete Sicherungsmaßnahmen erwiesen hat, sieht die Fraktion der Grünen in Petershagen nunmehr die Möglichkeit, die Klage der Stadt auf Sanierung der Sonderabfall-Deponie Mönchehagen mit konkreten Forderungen zu erweitern, wie seitens der Fraktion schon in der Dezember-Ratssitzung im vergangenen Jahr angeregt worden war.

Der Landkreis Nienburg müsse endlich auf dem Gerichtsweg zu wasserhaltenden Maßnahmen auf der Deponie sowie zur Unterlassung weiterer kontaminierter Einleitungen in die Vorflut zur Ils veranlaßt werden. Hier sei dringender Handlungsbedarf festzustellen.

Die Klage der Stadt auf dem Kenntnisstand von 1986 nach Totalsanierung der Deponie sei zwar richtig, doch gelte es jetzt, die nunmehr vorliegenden aktuellen Aussagen verschiedener Gutachter zur Wassersituation auf der Deponie mit in den juristischen Fortgang einzubeziehen. Deshalb sei jetzt die Festlegung der dringenden Sofortmaßnahmen wichtig, um

diese auch gerichtlich durchsetzen zu können. Zu prüfen sei auch die Frage, inwieweit die einzelnen Klageschritte mit der ebenfalls im Rechtsstreit beteiligten Stadt Rehburg-Loccum abzustimmen sei, betonte Fraktionssprecher Alfred Borgmann.

Begrüßt wurde die Absicht des Kreises Minden-Lübbecke, nunmehr ebenfalls daranzugehen, den bisherigen Forderungen an den Landkreis Nienburg auf dem Gerichtsweg zu mehr Geltung zu verhelfen. Zunächst sei aber abzuwarten, welche konkreten Klageschritte der Kreis unternehmen werde.

MT, 15.3.88

Grüne: Klage mit „Konkretem“ stützen

Petershagen. Nach Ansicht der Petershäger Ratsfraktion „Die Grünen“ hat sich der Münchehagen-Ausschuß „als wirkungslos im Hinblick auf die Einflußnahme auf konkrete Sicherungsmaßnahmen“ erwiesen. Nun bleibe nur noch „die Möglichkeit, die Klage der Stadt auf Sanierung der Sonderabfall-Deponie Münchehagen mit konkreten Forderungen zu erweitern“, heißt es in einer Mitteilung der Fraktion. Ein entsprechender Antrag ist zur heutigen Ratsitzung in Petershagen gestellt.

Der Landkreis Nienburg müsse endlich auf dem Gerichtsweg zu wasserhaltenden Maßnahmen auf der Deponie sowie zur Unterlassung weiterer kontaminierter Einleitungen in die Vorflut zur Uls veranlaßt werden. Hier sei dringender Handlungsbedarf festzustellen, heißt es.

Der beste Rechtsanwalt allein sei jedoch ohne Handhabe, wenn der Klient, also die Stadt, die Zielvorgabe nicht exakt formuliere. Die Klage der Stadt auf dem Kenntnisstand von 1986 nach Totalsa-

nierung der Deponie sei zwar richtig, doch gelte es jetzt, die nunmehr vorliegenden aktuellen Aussagen verschiedener Gutachter zur Wassersituation auf der Deponie mit in den juristischen Fortgang einzubeziehen. Deshalb sei jetzt die Festlegung der wichtigsten Sofortmaßnahmen wichtig, um diese auch gerichtlich durchsetzen zu können. Zu prüfen sei auch die Frage, inwieweit die einzelnen Klageschritte mit der ebenfalls im Rechtsstreit beteiligten Stadt Rehburg-Lo-

cum abzustimmen seien.

Begrüßt wurde die Absicht des Kreises Minden-Lübbecke, nunmehr ebenfalls dazuzugehen, den bisherigen Forderungen an den Landkreis Nienburg auf dem Gerichtsweg zu mehr Geltung zu verhelfen. Zunächst sei aber abzuwarten, welche konkreten Klageschritte der Kreis unternehmen werde. Schließlich wäre „voreilig Beifall“ geklatscht, wenn sich später herausstellen sollte, daß der Kreis lediglich auf Kostenersatzung klagt.

Rat verfaßt Resolution zum »Fall Münchehagen«

Wut über Entwarnung: »Die Gefahr bleibt doch!«

Sanierungsvorschlag wird abgelehnt - Viele entscheidende bauliche Mängel

Petershagen (kas). »Der Rat der Stadt Petershagen lehnt den »Sanierungsvorschlag der Arbeitsgruppe der niedersächsischen Fachbehörden bei der Bezirksregierung Hannover ab«. Er sei weder im Rahmen der vorläufigen Sicherung noch gar als Sanierungsmaßnahme geeignet, die Schadstoffaustritte aus der Sondermülldeponie Münchehagen zu unterbinden. Alle Fraktionen verfaßten gestern Abend eine gemeinsam erarbeitete Resolution, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Sie war hauptsächlich von Jürgen Hannemann (CDU) und Peter Thiele (SPD) in langen Sitzungen und Gesprächen erarbeitet worden. Sie führten darin folgende Begründung an: Der niedersächsische Vorschlag geht

von falschen bzw. ungeklärten Annahmen aus, er welse als Baumaßnahme entscheidende Mängel auf und sehe weiterhin die IIs als Vorfluter an. Zur sofortigen Sicherung, so die Resolution weiter, seien stattdessen Lösungen anzustreben, die eine Zeitlang voll wirksam seien und eine kontrollierbare Zwischenlagerung beinhalten. Aus der Vorläufigkeit eines solchen Sicherungskonzeptes ergebe sich zwingend die gleichzeitige Planung und Vorbereitung der Auskoffierung und Entsorgung. Entrüstung machte sich gestern Abend breit, als Stadtdirektor Lothar Ramrath über die jüngsten »Entwarnungen« aus Hannover berichtete.

WB, 16.3.88

Der endgültigen klaren Stellungnahme des Rates war eine heftige Diskussion vorausgegangen. Allerdings gab es innerhalb der Parteien einige Meinungsverschiedenheiten, die in verbalen Streitigkeiten ausarteten. Zwei Mal mußte die Sitzung unterbrochen werden, anschließend gab die CDU/FDP-Fraktion trotzdem »die Abstimmung frei«, da Alfred Raschke

(FDP) nur das Berliner Anwaltsbüro als juristischen Vertreter der Stadt Petershagen bei den anstehenden Prozessen beauftragen wollte.

»Wir müssen unbedingt etwas für die Bürger in den betroffenen Gebieten tun. Absichtserklärungen helfen hier auf keinen Fall weiter«, faßte Fritz Tüting die Meinung der meisten Ratsmitglieder zusammen.

Betroffenheit und Unmut über die Vorgehensweise niedersächsischer Behörden erregte Stadtdirektor Ramrath mit seinem Bericht über die augenblickliche rechtliche Situation an der »Münchehagen-Front«. Im »Brammer Wald« würden immer noch durch Rohre Deponie-Gewässer in die IIs abgeleitet und schließlich in die Gehle ein-

geleitet. Er habe bei der zuständigen Behörde nachgefragt, so Ramrath, und die Antwort erhalten, »das dieser Unfug schnellstens beseitigt wird«. Nur, so der Verwaltungschef weiter, »dieser Unfug geht bis heute weiter«. Bis heute habe sich hier nichts gerührt. Das Schlimmste sei jedoch, meinte Ramrath weiter, das die Arbeiter auf der Deponie von diesen Einleitungen überhaupt nichts wüßten.

»Wenn wir den Entwarnungen der niedersächsischen Behörden Glauben schenken, dann sind alle unsere Bemühungen umsonst«, appellierte Jürgen Hannemann an alle Verantwortlichen, Petershagen mit allen zur Verfügung stehenden im Kampf gegen das Gift zu unterstützen.

Ärzte: Kaum Anstieg der Mißbildungen in Seveso

Dioxin-Folgeschäden gering

Chicago (AP). Die Auswirkungen der als Seveso-Gift bekanntgewordenen chemischen Substanz Dioxin auf Ungeborene und Neugeborene ist nach Erkenntnissen amerikanischer Ärzte erheblich geringer, als nach der Umweltkatastrophe in der oberitalienischen Stadt zu befürchten gewesen war. Allerdings berücksichtigten die Wissenschaftler in ihrer am Freitag im Chicagoer »Journal of the American Medical Association« veröffentlichten Untersuchung nur Mißbildungen und Schäden, die bereits bei der Geburt der Kinder deutlich zu erkennen waren. Angeborene Schäden wie zum Beispiel geistige Behinderungen, die sich erst mehrere Jahre nach der Geburt zeigen, gingen in die Studie nicht ein. Zielgruppe der Untersuchungen waren die Kinder, die nach dem Unglück im Juli 1976 in den Jahren 1977 bis 1982 in Seveso und seiner unmittelbaren Umgebung geboren wurden.